



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Friedenshoffnungen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Friedenshoffnungen



geraume Zeit ist der Wunsch, daß es Friede bleiben möge, so allgemein und so lebhaft er auch in den Nationen ist, die im Dreibunde vereinigt sind, zusammengehalten mit den Beobachtungen in andern Kreisen, mit denen zu rechnen war, wenig mehr als ein frommer Wunsch gewesen, und mehr als einmal schien es, als ob bei seiner Erwägung die Gründe, die seine Erfüllung hoffen ließen, leichter wögen als die Zweifel und Befürchtungen. Setzt, wo das Jahr sich dem Ende zuneigt, will es scheinen, als ob sich die Lage der Dinge bedeutend gebessert hätte und als ob unser Wunsch nach Erhaltung des Friedens berechtigt wäre, sich nicht bloß in Hoffnung, sondern in Zuversicht zu verwandeln, und zwar nicht bloß für den Augenblick, sondern für längere Dauer. Das liest sich zunächst aus der Thronrede heraus, mit der in voriger Woche der deutsche Reichstag eröffnet worden ist. Kein Geringerer als unser Kaiser giebt uns diese Versicherung, wenn er ausdrücklich sagt, daß die befreundeten Monarchen unter sich einig seien, den Frieden nach Kräften zu wahren, daß das Vertrauen auf die ehrliche Friedensliebe Deutschlands befestigt sei, und daß er sich für berechtigt halte, zu glauben, der Frieden werde auch im nächsten Jahre fort dauern. Zwar ist nur von den Monarchen die Rede, und die Befestigung des Vertrauens auf die Friedensliebe Deutschlands geht offenbar nur auf den Besuch des Zaren, auch beschränkt sich die Thronrede mit ihrer Berechtigung zu dem Glauben an Erhaltung des Friedens auf das nächste Jahr. Aber wenn die Monarchen mit Einschluß des Zaren den Frieden wollen, so wird die Republik im Westen ihn nicht zu brechen wagen, und jedes Jahr, das seiner Dauer hinzutritt, muß weitere Dauer wo nicht verbürgen, doch mit größerer Zuversicht erwarten lassen.

Von dem lange verzögerten, endlich doch erfolgten Gegenbesuche des Zaren in Berlin wurde nicht viel erwartet. Gleichwohl scheint es, als sei es dabei zu einer gewissen Verständigung gekommen. Was insbesondre die Unterredung unſers Reichskanzlers mit dem Kaiſer Alexander betrifft, ſo iſt darüber allerdings nichts Beſtimmtes in die Öffentlichkeit gedrungen, aber ein Teil deſſen, was darüber berichtet wurde, verdient als wahrſcheinlich angeſehen zu werden. Dahin gehört zunächſt die Mitteilung, daß der Zar dem Fürſten Bismarck ſeinen Dank für ſein Auftreten gegen die Anarchiſten in der Schweiz ausgeſprochen und dabei bemerkt habe, dieſe Frage verbinde überhaupt alle Monarchien, und der Fürſt könne ihm dazu von großem Nutzen ſein. Dieſe Äußerungen erinnern an ähnliche, die in den erſten Jahren nach 1870, als der Kommuneauſſtand die Welt erſchreckte und die Internationale in Deutſchland, Öſterreich und Rußland zu gemeinſamen Gegenmaßregeln aufforderte, zu denen von Berlin aus angeregt wurde, von Seiten des Vaters des Zaren ergingen und ſeine lebhafteste Anerkennung der Solidarität der Monarchien gegenüber den anarchiſchen Parteien bekundeten. Ferner dürfte dahin die Nachricht gehören, daß der Zar dem Fürſten die Meldung der deutſchen Blätter von dem Berichte Obrutſchew als auf Mißverſtändnis beruhend bezeichnet habe. Ganz naturgemäß ſei es doch, daß der Chef des Generalſtabes der ruſſiſchen Armee ſie und das Reich ſo ſtark als nur möglich zu machen ſtrebe, und wenn er darüber alljährlich ſeinem Kaiſer Bericht erſtatte, ſo ſei dieſes in Deutſchland gleichfalls Gebrauch. Glaubwürdig iſt ſodann, daß die Frage der Rüſtungen nicht weiter zur Sprache gekommen und daß Erklärungen über die Stellung Deutſchlands zu Öſterreich-Ungarn vom Zaren nicht verlangt und vom Fürſten nicht gegeben worden ſeien. Ob man zu einem Einvernehmen bezüglich derjenigen beſondern internationalen Fragen gelangt iſt, die den Keim zu Zerwürfniſſen des Dreibundes mit Rußland einſchließen könnten, d. h. zu einem Abkommen über die Angelegenheiten, die die Zukunft der Balkanſtaaten betreffen, iſt nicht bekannt. Da dieſe Dinge aber für die Erhaltung des Friedens von größter Bedeutung ſind, ſo iſt anzunehmen, daß über ſie verhandelt worden iſt, und daß die Beſprechung zu dem befriedigenden Ergebnis geführt hat, das die Thronrede andeutet. Aller Wahrſcheinlichkeit nach kam der Kaiſer Alexander mit der Beſorgnis nach Berlin, die leitenden Politiker des Dreibundes könnten eine ihnen günſtig vorkommende Gelegenheit ergreifen, Rußland im Südosten vor die Kriegsfrage zu ſtellen, oder Deutſchland könnte im Hinblick auf gewiſſe militäriſche Ausſichten einen Krieg mit Frankreich vom Zaune brechen und Rußland nötigen, ſich über die Teilnahme an einem ſolchen zu entſcheiden. War dieſes in der That der Fall, ſo iſt zu vermuten, daß es in beiden Beziehungen gelungen iſt, dem Zaren ſeinen Argwohn zu benehmen, und das wird in Bezug auf die Balkanfragen dadurch geſchehen ſein, daß Fürſt Bismarck ſich im Sinne der Erklärungen geäußert hat, die er in ſeiner Rede vom

6. Februar 1888 vor dem Reichstage abgab, und die im wesentlichen darauf hinausliefen, die deutsche Politik stehe diesen Fragen und namentlich der bulgarischen objektiv gegenüber. Und das ist heute wie zur Zeit jener großen Rede die Wahrheit, was auch die Blätter fabeln, die jetzt wie damals das Interesse der bulgarischen Machthaber vertreten. Eins dieser Organe behauptete vor kurzem, schon deshalb, weil alle realpolitischen Auffassungen mit der Veränderung der Dinge wechselten, könnte nicht die Rede davon sein, daß der deutsche Reichskanzler gegenwärtig über Bulgarien noch so denke wie vor anderthalb Jahren. Nun wird zwar der Reichskanzler ohne Zweifel immer bereit gewesen sein, seine Ansichten im Hinblick auf die Entwicklung der Dinge zu ändern, nur unterläßt das Blatt, uns zu sagen, wie er auf diesem Wege dahin hätte gelangen müssen, sich für den Prinzen von Koburg und das Regiment seiner Herren Minister zu begeistern und sich irgendwie der Meinung zu nähern, es sei gestattet oder geboten, einem selbständigen Leben der Bulgaren gegen das vertragsmäßige Recht und die wohlverworbenen Ansprüche Rußlands Vorschub zu leisten.

Wie dem allen auch sei, gewiß scheint bis auf weiteres, daß die Reise des Zaren nach Berlin zu einer Besserung des bisherigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland geführt hat. Sie hat bei uns die Überzeugung befestigt, daß der Zar für seine Person den Frieden liebt und will, und daß er verständiger Vorstellung zugänglich ist. Sie hat seine Besorgnisse verfehlet oder doch gemindert, sein Vertrauen auf den guten Willen des Lenkers der deutschen Politik gestärkt, und sie wird nicht verfehlen, auch auf die Parteien zu wirken, die in Rußland neben dem Träger der Krone Politik zu machen streben und bisher andern Anschauungen huldigten als er. Welche andern Ergebnisse die Begegnung der beiden Kaiser auch haben mag, hier kann sie vor der Hand nur ein erfreuliches haben: sie muß schlechterdings dazu beitragen, den Haß einflußreicher russischer Kreise gegen Deutschland, der, in den letzten Jahren fortdauernd gestiegen, vor kurzem fast unlenkbar, ja fast unaufhaltsam geworden zu sein schien, wieder zu beschwichtigen und unter seine Dämme zu bannen. Es giebt eine öffentliche Meinung in Rußland, aber noch ist der Zar ihr gegenüber eine Macht und ein Beispiel und Muster. Vermag er aber einmal die wieder gestiegne Flut nicht mehr zu bändigen, wie sein Vater und Vorgänger auf dem Throne dies vor dem letzten Türkenkriege nicht mehr vermochte — nun denn in Gottes Namen, so werden wir und unsre Freunde im Dreibunde dafür sorgen müssen und zu sorgen wissen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Für jetzt und die nächste Zeit ist solche unliebsame Pflicht nicht zu befürchten. Freuen wir uns dessen, aber hüten wir uns, über den Friedenshoffnungen die Hände in den Schoß zu legen und die Augen vor der Möglichkeit zu schließen, daß wir uns mit ihnen täuschen.

Wir knüpfen hieran noch eine andre Betrachtung. Die Balkanfrage ist und

bleibt die wichtigste für die Freunde des Friedens, aber lediglich deshalb kümmert sie uns Deutsche. Unmittelbar geht sie gleich der ganzen orientalischen Frage, deren vornehmstes Glied sie seit 1878 ist, außer der Pforte und Rußland nur Österreich und England an. In Betreff Rußlands können wir hier nur wünschen, daß es sich unter Festhaltung seiner im Berliner Frieden begründeten Ansprüche auf Einfluß der Beunruhigung Bulgariens durch Sendlinge fernerhin enthalte — wohlgemerkt, nur wünschen, und zwar im Interesse Rußlands selbst, weil solche Aufwiegelung sich als nutzloses Bemühen erwiesen hat. Mit Österreich sind wir verbündet, aber nur zur Verteidigung gegen einen Angriff, nicht zur Mitwirkung bei Eingriffen, sei es diplomatischer oder sei es militärischer Natur, über seine Grenzen hinaus, an die übrigens gegenwärtig in Wien nicht gedacht wird. Sonst sind wir in Bezug auf die serbischen und bulgarischen Angelegenheiten und ebenso hinsichtlich anderer Gebiete der orientalischen Frage bei nichts interessiert und zu nichts verpflichtet, als bei dem und zu dem, was uns infolge unsrer Beteiligung am Berliner Vertrage obliegt und wozu uns der Wunsch, den Frieden im allgemeinen gewahrt zu sehen, berechtigt und verpflichtet. Ganz und gar fern liegt uns eine Rolle, wie sie Frankreich vor dem Jahre 1870 und 1870 selbst, zuletzt in der Frage der Besetzung des spanischen Thrones, gespielt hat. Serbien und Bulgarien mögen innerhalb der Grenzen der Berliner Abmachungen thun, was ihnen gut und nützlich dünkt, und es ist uns gleichgiltig, ob dort die Dynastie des schwarzen Georg oder die Familie Obrenowitsch auf dem Königsthron sitzt oder ob der Fürst Alexander oder Ferdinand heißt, wenn er nur seine Pflicht und Schuldigkeit gegen Europa, d. h. gegen dessen Vertreter, die Großmächte, und deren in Berlin vertragsmäßig ausgesprochenen Willen thut. Wenn durch die Revolution von Philippopol, die Vereinigung Bulgariens mit Dstrumelien und durch Nichteinholung der Bestätigung der Wahl des Koburgers in Sofia, zu der die Großmächte ihre Einwilligung zu erteilen hatten, dagegen verstoßen worden ist, so haben wir das als Rechtsbruch stillschweigend gemißbilligt, und weder ein Großbulgarien noch ein Fürst Ferdinand an seiner Spitze existirt für uns; aber zu irgend welchem Einschreiten dagegen konnten wir uns nicht berufen finden.

So viel über unsre Stellung zu den Fragen, die zunächst zu einem Kriege führen könnten. Englische Blätter wollten wissen, daß in diplomatischen Kreisen Petersburgs vom Ausbruch eines solchen im nächsten Frühjahr die Rede gewesen sei, und wollten dieses Gerücht für glaubwürdig schon deshalb ansehen, weil der bewaffnete Friede die Nationen Europas unerträglich belaste. Wir Deutschen fühlen diese Unerträglichkeit nicht, geben aber die Schwere der Last zu, so sehr sie auch durch die Überzeugung erleichtert wird, daß der Heeresdienst für die Nation eine Schulung zu höchst wertvollen Tugenden sei. Andre Völker aber mögen ja anders empfinden. Die Friedensstärke der Heere ist jetzt allenthalben wohl das Doppelte ihrer Kriegsstärke vor fünfzig Jahren, und

die bloße Unterhaltung von Festungen, Artillerieparcs, Zeughäusern, Kavallerie-  
ställen und Panzerschiffen verschlingt ungeheure Summen. Noch mehr aber  
ist der Verlust zu beklagen, den der Volkswohlstand dadurch erleidet, daß der  
Exerzierplatz und das Manöverfeld viele Hunderttausende von Armen der  
Arbeit und dem Verdienst auf dem Acker und in der Werkstatt entziehen, was  
um so schwerer gefühlt wird, als wir in einer Zeit leben, deren Gedanken  
mehr denn je auf fleißiges Erwerben gerichtet sind. Die Heere wachsen mit  
jedem Jahre und mit ihnen die Anleihen und Schulden. Werden sie bei schon  
stark verschuldeten und schwer besteuerten Staaten wie Frankreich und Rußland  
wenig oder auch nur noch lange wachsen können? Werden solche Staaten sich  
nicht bald gezwungen glauben, dem mit Erschöpfung drohenden Zustande mit  
einem Kriege, dessen Ausgang im ungünstigsten Falle nicht viel mehr kosten  
kann als der jetzige bis an die Zähne gewaffnete Friede, während ein Sieg  
die ungeheure Rüstung zu lohnen oder doch zu verzinsen verspricht, ein  
schleuniges Ende zu machen? Sodann ist in Betracht zu ziehen, daß in Ruß-  
land wie in Frankreich ein Grund oder wenigstens ein Vorwand zum Streite  
mit den Waffen vorhanden, gleichsam gar geworden und immer zur Hand  
ist. Der Zar würde, wenn er kampflustig wäre, vor sich die Überlieferung  
aus den Tagen seiner Vorfahren mit deren Eroberungen auf dem Wege nach  
Stambul sehen und hinter sich den Deutschenhaß weiter russischer Kreise, die  
abergläubische Einbildung seiner byzantinischen höhern und niedern Popenchaft,  
sie seien berufen, den westlichen „Heiden“ das wahre Christentum aufzunötigen,  
den ähnlichen Aberglauben der Slawophilen, die Weltherrschaft gehöre dem  
Volke im Osten, und den Ehrgeiz seiner Generale. In Frankreich dürstet das  
Volk, soweit es in politischen Dingen laut wird, nach Rache für Sedan, nach  
Wiedergewinn der verlorenen Provinzen und nach Zurückeroberung der alten  
Stellung in Europa. Das sind Gründe der Beunruhigung, die sich auch dem  
nicht scharfblickenden Beobachter aufdrängen. Indes ist nicht so leicht zu sehen,  
ob die darin liegende Gefahr im Laufe dieses Jahres gewachsen ist. In Frank-  
reich spricht manches für das Gegenteil. Boulanger trat in den Vordergrund  
infolge der Meinung, daß er der keckste Draufgeher der französischen Armee  
sei, und daß er sich, wenn der Tag der Abrechnung mit Deutschland anbreche  
und es notwendig erscheine, die Soldaten mit Zuversicht auf raschen Sieg zu  
erfüllen, als glänzende Persönlichkeit dazu empfehlen werde, sie als ein zweiter  
Bonaparte zu begeistern. In Paris wie in der Provinz dachten viele, daß  
er, während andre das parlamentarische Geschäft betrieben und über Politik  
nur windige Reden hielten, die Armee für das große Kampffpiel vorbereiten,  
rüsten und einüben solle. Diese Boulangerlegende war nur unter Franzosen,  
dem Volke des Scheins, möglich, sie gründete sich auf wenig Thatfachen und  
viel Pose und Phrase, aber sie bildete sich und wirkte, sie trug sehr viel  
zu den ersten Wahlerfolgen des Generals bei, und wären seine spätern Be-

werbungen um ein Mandat ebenso günstig für ihn ausgefallen und er irgendwie dann ans Ruder gelangt, so würde uns ohne Zweifel der Krieg mit Frankreich um einen großen Schritt näher gerückt sein. Ist das in der That so, dann hat die jetzt vollständig entschiedne Niederlage Boulangers und seiner Anhängerſchaft die Bedeutung eines großen Rückſchrittes zum Frieden. Allerdings verbürgt ſie ſeine Erhaltung nicht mit Sicherheit, aber wenn Frankreich nach Krieg mit uns brännte und ſich darnach ſehnte, eine fecke Herausforderung dazu nach Berlin ergehen zu ſehen, ſo wäre doch der leichteste und kürzeste Weg zur Erfüllung dieſes Begehrens Unterſtützung der Wahl des abenteuernden Soldaten geweſen. Statt deſſen hat das allgemeine Stimmrecht eine Anzahl gemäßigter Republikaner in das Pariſer Abgeordnetenhaus geſendet, die beinahe die Hälfte deſſelben ausmacht. An der Spitze des Staates aber ſteht Carnot, der, ſtatt wie ſein Vater „Siege zu organiſiren,“ ſich begnügt und glücklich fühlt, bei einem großen friedlichen Wettbewerbe des internationalen Gewerbefleiſſes den Vorſitz zu führen. Sind wir nicht völlig auf falſcher Fährte, ſo bedeuten die letzten Wahlergebniſſe, daß Frankreich jetzt nichts weniger als begierig nach Abenteuern und verlegt in Abenteuerer iſt und auf die nächſten fünf Jahre, zufrieden mit Befefigung ſeiner Republik, davon abſehen wird, unbeſonnen den Frieden zu ſtören.

So bleibt nun noch Rußland übrig, Rußland, abgeſehen von dem Beſuche des Zaren in Berlin. Es will als der Anwalt und Beſchützer der Chriſten unter dem Halbmonde angeſehen ſein. Aber dieſe Klagen jetzt nur auf einer Inſel und in einer aſiatiſchen Provinz des Reiches der Pforte, auf Kreta und in Armenien, und dieſe Klagen ſcheinen überdies wenig begründet zu ſein. Macedonien und der ſchmale Küſtenſtrich, der in Europa noch dem Sultan gehört, ſind vollkommen ruhig. Der Anwalt hat alſo kaum Anlaß zur Thätigkeit. Hinter frühern Kriegen mit den Türken ſtand die Theilnahme des ruſſiſchen Chriſtentums für die bedrückten „Brüder,“ die jetzt gänzlich mangelt, da niemand mehr Druck empfindet. Auch die militäriſche Lage hat ſich geändert. 1854 überſchritten die Ruſſen den Pruth, 1877 die Donau, und ſofort begann der Kampf mit den Türken. Jetzt hätte ein ruſſiſches Angriffsheer einen langen Weg zu Lande zurückzulegen, ehe es auf den Gegner träfe, und zwar führte er durch das Gebiet zweifelhafter Bundesgenoffen und wahrſcheinlicher Gegner, und man hätte dabei Öſterreich in der Flanke. Daher muß ein Krieg Rußlands mit der Türkei, der die Einnahme Konſtantinopels bezweckt, mit der Belagerung dieſer Stadt beginnen. Hier aber würde dem Zaren ſeine militäriſche Überlegenheit nicht zu ſtatten kommen; denn Stambul kann zur See verteidigt werden, und dabei würde dem Sultan der Beiſtand Englands und wohl auch einer oder der andern feſtländiſchen Seemächte kaum fehlen. Zweifelſohne würde ein Krieg Rußlands mit der Türkei, der die Einverleibung Armeniens zum Gegenſtand hätte und damit zufrieden wäre, möglich

sein; aber bedarf der Zar, der über so viele hunderttausende von Quadratmeilen gebietet, wirklich so dringend noch ein paar tausend, daß es ihm das Schwert in die Hand drückte? Der Panlawismus war 1877 eine Macht und könnte bei einem Kriege mit Osterreich wieder eine Macht sein. Aber Alexander der Dritte ist nicht Alexander der Zweite, sondern ein fester, willensstarker Herr, der einen phantastischen Krieg scheut und weiß, was eine Niederlage für die innern Angelegenheiten seines Reiches zu bedeuten hätte, und der sich vermutlich auch klar darüber ist, daß selbst ein Sieg diesen Angelegenheiten keinen Segen bringen würde. Brachten doch die russischen Offiziere 1814 aus dem Westen die Keime zu den spätern demokratischen Verschwörungen und zu dem heutigen Nihilismus mit nach Hause. Wir gelangen also auch auf diesem Wege mit ziemlicher Sicherheit zu der Annahme, daß der Himmel sich aufgehellt hat, und daß wir für das nächste Frühjahr wenigstens keinen Krieg zu befürchten haben, der Friede vielmehr gesichert erscheint — es müßte sich denn etwas ereignen, was sich gar nicht ahnen und folglich auch nicht in die Rechnung setzen läßt.



## Die böhmische Krönung



Die Hoffnung, daß die Neuwahlen zum böhmischen Landtag und der Zusammentritt desselben am 10. Oktober den Ausgangspunkt zu einer Verständigung der beiden Nationalitäten des Königreiches bilden würden, hat sich nicht erfüllt. Das Exekutivkomitee der deutschen Landtagsabgeordneten hat sich schon am 15. September, nachdem vorher durch den „verfassungstreuen“ Fürsten Schönburg Ausgleichsverhandlungen angeregt worden waren, dahin entschieden, diese zurückzuweisen, wenn nicht vor Beginn derselben von der Regierung eine Erklärung darüber abgegeben werde, welche Stellung sie zu der Frage der Krönung einnehme. Die Regierung hat sich dazu nicht veranlaßt gesehen, da von ihrer Seite diese Frage nicht aufgeworfen worden, sie darüber auch höchst wahrscheinlich noch gar nicht schlüssig geworden war, was nach der eigentümlichen Beschaffenheit dieser Frage und in Anbetracht der Abneigung der Regierung gegen staatsrechtliche Erörterungen nicht überraschen kann. Infolge dessen unterblieben die in Aussicht genommenen Kommissionsberatungen von Vertrauensmännern beider Parteien, und die am 6. Oktober in Prag versammelten deutschböhmischen